

LEITARTIKEL

VON RAINER NOWAK



Wundern wir uns, was alles möglich ist und noch wäre

In dieser leicht bizarren Staatskrise erfahren wir mehr über politisches Können, Strategie und Staatsräson als je zuvor.

Wagen wir ein kurzes Gedankenexperiment. Was wäre, wenn nicht Alexander Van der Bellen, sondern Norbert Hofer Bundespräsident wäre? Herbert Kickl wäre noch Innenminister, Sebastian Kurz könnte bestenfalls mit Rücktritt drohen, was am Lächeln Hofers wenig ändern würde. Vielleicht wäre sogar Heinz-Christian Strache noch im Amt, der am Wochenende nach Veröffentlichung des Ibiza-Videos Zuflucht und Zuspruch in Hofers Hofburg gesucht hätte. „Jedem kann ein Fehler passieren“, hätte Hofer entschuldigend mit onkelhaftem Lächeln gesagt. Nur Johann Gudenus wäre dann eben als einziger Sündenbock abgetreten. Und selbst wenn alle freiwillig gegangen wären: Am Montag würde Sebastian Kurz gegen seinen Willen folgen. Hofer würde nach einem Regierungsbruch sicher nicht den Van der Bellen geben.

Der Bundespräsident beweist dieser Tage mehr Überparteilichkeit und vor allem Staatsräson, als man erwarten konnte. Der ehemalige Grünen-Chef mahnte einerseits Kurz zur Einberufung eines Kurzzeit-Experten-Teams statt der FPÖ-Truppe und verlangt andererseits von den alten und neuen Oppositionschefs, der neuen Equipe eine Chance zu geben und Kurz nicht mittels Misstrauensantrag zu Fall zu bringen.

Das wäre auch leicht schizophoren. Die Opposition forderte die Rücktritte von Strache und Schon davor von Kickl, sie verlangte ein Ende der türkis-blauen Regierung und Neuwahlen. Kurz hat das alles – wenn auch teils unfreiwillig – erfüllt. Daher sollte er nun den Posten räumen. Und das für die wenigen Monate bis zur Wahl und zur neuen Regierung. Klingt nicht sehr logisch. Logischer wäre es da schon, die Motive zu überprüfen. Die FPÖ ist quasi waidwund und sinnt auf Rache, aber die Freiheitlichen sind ohnehin nur noch bedingt im Spiel.

Relevant sind hingegen die Neos und die SPÖ, die zwar beide nach den Septemberwahlen als Koalitionspartner für die ÖVP ins Spiel kommen könnten, aber ein Interesse daran haben müssen, Kurz zu schwächen, und ihm keine Möglichkeit bieten wollen, als Regierungschef im Umfragehoch in den Intensivwahlkampf zu gehen. Das ist zwar ein bisschen niederr-

trächtig, aber fern des Ponyhofs geht es eben härter zu; und Kurz würde als Oppositionschef vermutlich auch nicht lang fackeln.

Umso erstaunlicher ist die Haltung von Beate Meinl-Reisinger, die nicht nur zeigt, wie eine junge Mutter bei passendem gutem Umfeld voll berufstätig sein kann, sondern die Rolle der Oppositionsparteichefin so perfekt hinlegt, dass einem Pamela Rendi-Wagner daneben im TV nur leidtun kann: gut vorbereitet, gnadenlos und rhetorisch einschüchternd. Ausgerechnet Meinl-Reisinger gibt Kurz nun offenbar eine Chance oder Gnadenfrist und wird dem Misstrauensantrag nicht zustimmen. Das nennt man Verantwortung.

Rendi-Wagner ist nun unter Zugzwang: Soll sie Meinl-Reisinger folgen oder gemeinsam mit der FPÖ Kurz für den Sommer und den Wahlkampf stürzen? Wirklich staatsweiblich wird das nicht wirken, vertrauenserweckend schon gar nicht. Die Idee, die SPÖ könnte einen der Ihren, wie es manche Journalisten erhoffen, also etwa Heinz Fischer, zum Übergangskanzler machen, ist putzig. Dieser soll von einer Mehrheit rechts der Mitte geduldet werden. Hallo, Realismus? Fischer reagierte auf das Geräusch dennoch geschmeichelt – immer nur den Gegenpapst zu bzw. besserwissernden Altbauer von Van der Bellen zu spielen muss ermüdend sein.

Nicht zuletzt Sebastian Kurz sollte diese sonderbare Phase des Interregnums nützen, endlich ein massives Defizit zu beheben: Sollte es tatsächlich, wie behauptet, nun um ein paar Monate Sachpolitik und dann einen schnellen Wahlkampf gehen, könnte er diesen selbst sofort wieder einstellen und statt Dauer-Selbstbeweihräucherung der erste Minister sein, der noch ein paar Vorhaben durchbringen will und dafür Mehrheiten braucht. Die Grundvorsetzung für Sachpolitik sind Inhalte und Argumente; Floskeln und schöne Worthülsen sind dann wieder Ende August im Wahlkampf erlaubt. Bis dahin wagen wir eine kurze Phase der Vernunft. Danke.

E-Mails an: rainer.nowak@diepresse.com



Im Sitzungssaal in der Hofburg herrscht bis zur Wahl das freie Spiel der Kräfte.

[APR]

Kann das Parlament seine Kräfte überhaupt frei spielen lassen?

Analyse. Kein Koalitionspakt, der die Parteien bindet, aber: Hat das Parlament die Ressourcen für Eigeninitiativen?

VON NORBERT RIEF

Wien. In der Theorie ist es recht klar: Es gibt die Legislative und die Exekutive. Das Parlament macht die Gesetze, die Regierung vollzieht sie.

In der Praxis sieht es anders aus. Die meisten Initiativen kommen von der Regierung, die Mandatare der Koalitionsparteien machen sie im National- bzw. Bundesrat brav durch Aufstehen zu Gesetzen. Laut Statistik des Parlaments gab es in dieser gerade einmal 17 Monate dauernden 26. Legislaturperiode 334 größere und kleinere Regierungsvorlagen und Gesetzesinitiativen.

Auf das Hohe Haus greift eine Regierung meist aus anderen Motiven zurück. Wie etwa bei der Änderung des Arbeitszeitgesetzes mit der Einführung des Zwölf-Stunden-Arbeits-tages, die als Initiativantrag von den Mandataren der ÖVP und der FPÖ kam. Damit ersparte sich die Koalition eine wochenlange Begutachtungsphase, die bei Ministerialentwürfen normalerweise üblich ist, samt der in diesem speziellen Fall erwartbaren heftigen Kritik am Vorhaben.

Für eingefeilschte Parlamentarier ist eine Situation wie jetzt, in der die Regierung vorzeitig auseinanderging, eigentlich ein Feiertag. Es gibt keinen Koalitionspakt, an dem man sich halten muss, nur noch einen eingeschränkten Klubzwang – im Hohen Haus herrscht das freie Spiel der Kräfte. Die Abgeordneten entscheiden über Initiativen, sie bringen sie ein, bringen sie zu Fall, machen sie zu Gesetzen, wie es die Idee einer parlamentarischen Demokratie ist.

Steuerreform als Initiativantrag?

Doch in Österreich stellt sich die Frage, ob das Parlament überhaupt die Ressourcen hat, um selbstständig komplizierte Gesetzesinitiativen zu erarbeiten, mit denen man beispielsweise Teile der Steuerreform umsetzen könnte, die jetzt in der Luft hängt. Und die andere Frage ist, ob man das überhaupt will: Zu gut sind die Sitzungen in Erinnerung, die sich knapp vor Wahlen zu einem „Wunsch Dir was“ entwickelt und mit dem Verteilen von teuren Wahlzuckerln geendet haben.

Bei der Steuerreform, die alle Österreicher um 6,5 Milliarden Euro (ohne Familienbonus) entlasten soll, hat die Regierung nur einen sehr kleinen Teil in Gesetzesform gegossen. Das „Steuerreformgesetz 2019/20“, das offiziell noch bis 28. Mai in Begutachtung ist, hat ein Volumen von lediglich 400 Millionen Euro und bietet wenig Attraktives (u.a. eine Steuerentlastung von Assistenzhundebesitzern und die Neuregelung der NoVA). Interessanter für die Parteien ist die Entlas-

tung der Klein- und Geringverdiener ab 2020, auf die sich die ehemalige ÖVP/FPÖ-Koalition geeinigt hat. Dafür sollen die Sozialversicherungsabgaben gesenkt oder gestrichen werden. Einen Gesetzesentwurf blieb das Sozialministerium bisher freilich schuldig.

Teure Wahlzuckerln

Die FPÖ und die SPÖ – deren Wahlklientel von dieser Maßnahme vor allem betroffen wäre – könnten dieses Vorhaben also gemeinsam aufgreifen und damit auch die ÖVP, die es ja immerhin unterstützt hat, in Zugzwang bringen. Die Frage ist, ob es in den Klubs die Juristen gibt, die diese Gesetzesänderung in Initiativanträge gießen könnten. In dem speziellen Fall vielleicht schon. Und auch bei anderen, kleineren Materien der Steuerreform, meint man im Parlament. Ingesamt sei die Steuerreform aber eine derart komplexe Materie, dass die Rechtsexperten wohl überfordert wären.

Kein Problem, glaubt dagegen Werner Zögernitz, der lange Jahre Klubdirektor der ÖVP war. In solchen Fällen habe man auch schon früher auf externe Experten zurückgegriffen – oder auf die Juristen des jeweiligen Ministeriums, wenn es der zuständigen Minister erlaube.

Im ÖVP-Parlamentsklub wollte man sich gestern nicht mit der Frage auseinandersetzen, welche Vorhaben, auf die sich die Partei mit der FPÖ bereits geeinigt hat, man in den kommenden Monaten bis zur Wahl im Nationalrat realisieren könnte – und ob überhaupt. Die Klubführung sei mit anderen Fragen beschäftigt, ließ man wissen. Ob in dieser Stimmung ein Handschlag noch gilt, ist ohnehin eine andere Frage.

Für die SPÖ gäbe es neben der Entlastung der Geringverdiener auch andere Pläne, die man unterstützen oder mit der FPÖ – in Ausnahmefällen auch der ÖVP – umsetzen könnte. „Man muss sich das von Fall zu Fall anschauen“, meint der stellvertretende Klubobmann, Jörg Leichtfried. Kleinere Vorhaben seien denkbar – etwa das Rauchverbot in der Gastronomie, das am Widerstand der FPÖ gescheitert ist –, bei größeren sei Zurückhaltung notwendig. Leichtfried: „Es wäre unverantwortlich, würde man in der letzten Phase Beschlüsse fassen, die immense Auswirkungen auf das Budget haben.“

Vor vergangenen Nationalratswahlen zeigte das Hohe Haus weniger Verantwortungsbewusstsein: 2017 beschloss man mit verschiedenen Mehrheiten Wahlzuckerln im Umfang von 630 Millionen Euro, 2008 beglückte man die Wähler unter anderem durch die Abschaffung der Studiengebühren und eine Pensionserhöhung mit – je nach Rechnung – 2,7 bis 4,3 Milliarden Euro.

Manager soll gespendet haben

Geldflüsse. Auf Vermittlung von Johann Gudenus habe er „mehrere Tausend Euro“ an einen FPÖ-nahen Verein gespendet, sagt ein Manager.

Wien. In dem kompromittierenden Ibiza-Video stellte Heinz-Christian Strache der vermeintlichen Oligarchennichte Staatsaufträge im Abtausch gegen Spenden an einen FPÖ-nahen Verein in Aussicht. Nach dem Verein wird akribisch gesucht. Genannt wurde hier zuletzt etwa der Verein Austria in Motion. Das Nachrichtenmagazin „Profil“ berichtete am Dienstag von einem weiteren Verein. Ein Wiener Manager dürfte nach eigener Aussage mehrere Tausend Euro an den FPÖ-nahen Verein Wirtschaft für Österreich gespendet haben.

Geschehen sein soll das im Frühsommer 2017, also wenige Wochen, bevor Johann Gudenus und Heinz-Christian Strache bei dem Treffen mit der vermeintlichen russischen Oligarchin gefilmt wurden. Der Manager berichtet gegenüber „Profil“, Gudenus habe ihn 2017 auf den Verein hingewiesen. „Im Sommer 2017 erhielt ich ein Schreiben von Markus Tschank, den ich persönlich nicht kenne. Ich habe mehrere Tausend Euro gespendet, es wurde allerdings nie nach einem konkreten Betrag gefragt.“ Eine Gegenleistung sei ihm dafür nicht angebo-

ten worden: „Dafür war der Betrag, den ich gespendet habe, wohl auch zu gering. Dass der Verein FPÖ-nah ist, war klar. Schließlich bin ich durch Gudenus auf ihn aufmerksam geworden“, wird der Manager zitiert.

Im Zusammenhang mit beiden Vereinen, Austria in Motion und Wirtschaft für Österreich, wird der Abgeordnete Tschank genannt, der heute designierter FPÖ-Finanzreferent ist. Er dementierte, dass unter seiner Verantwortung direkt oder indirekt Zahlungsflüsse (Spenden oder sonstige Zuwendungen) an Parteien oder parteinahe Organisationen stattgefunden haben. (APA/red.)

LIVE-CHAT

Claudia Gamon

EU-Spitzenkandidatin der Neos ist heute ab zwölf Uhr zu Gast im „Presse“-Chat. Stellen Sie ihr Ihre Fragen online – auch schon vorab.

diepresse.com/chat